



Gisela Piltz

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretende Vorsitzende
der FDP-Bundestagsfraktion

Newsletter vom 29. Januar 2010

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen und -freunde,*

wie gewohnt möchte ich Ihnen von der zu Ende gehenden Sitzungswoche des Deutschen Bundestags berichten. Hierbei möchte ich auf die nachfolgenden Themen eingehen:

- 1. 100 Tage Freiheit in Verantwortung**
- 2. Neue Afghanistan-Strategie der Bundesregierung**
- 3. Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus**
- 4. Aktuelle Stunde zur Stasi-Aufarbeitung**

1. 100 Tage Freiheit in Verantwortung

Am kommenden Donnerstag, den 04. Februar 2010 wird die neue Bundesregierung die ersten 100 Tage im Amt sein. Traditionell wird nach 100 Tagen Bilanz gezogen, insbesondere natürlich von der Opposition.

Die ersten 100 Tage der christlich-liberalen Koalition können sich sehen lassen. In Zeiten der Bewältigung der weltweiten Wirtschaftskrise hat die neue Bundesregierung ihre Arbeit aufgenommen und mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz umgehend ein Zeichen für eine stabile Wirtschaft, mehr Arbeitsplätze und die Förderung von Familien gesetzt.

Die neue Koalition hat mit dem Gesetz den Auftakt zu einer neuen Politik für Deutschland gemacht. Wir werden nicht künstlich einzelne Bereiche der Wirtschaft subventionieren, wie es beispielsweise die so genannte große Koalition mit der Abwrackprämie im vergangenen Jahr noch getan hat. Die Folgen dieser verfehlten Politik wird die Automobilbranche leider erst noch zu spüren bekommen.

Die FDP hat Wort gehalten! Unser Regierungsverhalten basiert auf einem Koalitionsvertrag, der deutlich liberale Akzente erkennen lässt. Wenn man dafür von den Medien und der politischen Konkurrenz attackiert wird, ist es für mich als Teil einer Regierungsfraktion ein schönes Kompliment. Es geht für mich zur Redlichkeit, dass man das, was man vor der Wahl angekündigt hat, auch einlöst. Diesen Anspruch scheint die SPD hingegen schon vollends aufgegeben zu haben. Die FDP ist genau wegen ihres Wahlprogramms gewählt worden, mit dem klaren Auftrag, dieses in aktive Regierungspolitik umzusetzen. Wir brauchen eine umfassende Steuerstrukturreform, damit die Steuerzahlungen für die Bürger überhaupt verständlich werden. Wir brauchen mehr wirtschaftliche und persönliche Freiheit, damit Deutschland Innovationsland Nummer 1 wird. Wir brauchen eine Stärkung der Bürgerrechte, die in den vergangenen Jahren sträflich vernachlässigt worden sind.

Natürlich können nicht alle Reformen in den ersten 100 Tagen abgearbeitet werden. Aber mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz haben wir einen guten Start hingelegt und unseren Anspruch bekräftigt, Deutschland gestärkt aus der Krise herauszuführen. Dafür arbeiten Ihre 93 Abgeordneten im Deutschen Bundestag weiterhin mit aller notwendigen Sorgfalt und Kraft.

2. Neue Afghanistan-Strategie der Bundesregierung

Am Donnerstag hat die Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, in einer Regierungserklärung die neue Strategie der Bundesregierung zu Afghanistan vor dem Deutschen Bundestag erläutert. Darin betonte sie, dass es in der bevorstehenden Afghanistan-Konferenz in London „um nichts Geringeres als eine Weichenstellung“ zur internationalen Afghanistan Mission gehe. Deutschland wurde bei der Konferenz von unserem FDP-Vorsitzenden und Bundesaußenminister, Dr. Guido Westerwelle, vertreten. Er hat in dieser Woche ebenfalls im Vorfeld der Afghanistan-Konferenz in London die neue Strategie erläutert. Die neue Bundesregierung richtet ihre Afghanistan-Politik vor allem daran aus, die dortige Zivilgesellschaft zu stärken und das Land in die Lage zu versetzen, mit eigenen Sicherheitskräften Recht und Ordnung aufrecht zu erhalten. Alleine mit militärischen Strategien kann Afghanistan nicht gesichert werden. Daher muss ein Schwerpunkt in der Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte liegen. Mit 500 weiteren deutschen Soldaten zur Ausbildung der afghanische Armee und der Fortführung und Stärkung des deutschen Engagements bei der Polizeiausbildung leistet Deutschland hierzu einen entscheidenden Beitrag. Geplant ist dann der Abzug unsere Truppen für 2014, betonte Guido Westerwelle. Die FDP-Bundestagsfraktion hatte bereits in der vergangenen Legislaturperiode stets darauf gedrängt, gerade die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte zu forcieren. Die neue Afghanistan-Strategie trägt daher eine deutliche liberale Handschrift.

3. Gedenkstunde der Opfer des Nationalsozialismus

Am Mittwoch hat der Deutsche Bundestag in einer Gedenkstunde der Opfer des Nationalsozialismus in Deutschland gedacht. Im Plenum des Bundestages sprach dazu der israelische Präsident und Friedensnobelpreisträger, Schimon Peres. In einer emotionalen Rede betonte er, dass Israel und Deutschland eine „einzigartige Freundschaft“ verbindet, für Frieden und Freiheit einzutreten, auch wenn die Shoa unvergessen bleibe. Aus meiner Sicht ist es notwendig, sich der Vergangenheit bewusst zu sein, um die Zukunft zu gestalten. Denn im Bewusstsein des dunkelsten Kapitels von Deutschlands Vergangenheit ist es heute Ziel aller Demokraten, dass es nie mehr zu Völkermord, Rassismus und Antisemitismus kommen wird. Ich bin dankbar, dass der israelische Präsident im Rahmen dieser Gedenkstunde gesprochen hat. Unser Ehrengast zeichnete in seiner Rede ein sehr persönliches, mich tief bewegendes Bild. Ich bin überzeugt, dass alle Mitglieder des Deutschen Bundestags sich ihrer und unserer Verantwortung bewusst sind, durch die Erinnerung an Vergangenheit eine friedliche und an den Menschenrechten ausgerichtete Welt zu gestalten. Wenn es Sie interessiert, können Sie die Rede im Videoarchiv des Deutschen Bundestages selbst ansehen:

<http://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/geschichte/gastredner/peres/index.html>

4. Aktuelle Stunde zur Stasi- Vergangenheit

Gemeinsam mit der CDU/CSU-Fraktion hat die FDP-Fraktion eine Aktuelle Stunde zum Umgang mit der Stasi-Vergangenheit führender Mitarbeiter in Ministerien beantragt. Hintergrund dieser Aktuellen Stunde sind Enthüllungen in Brandenburg über eine frühere Zusammenarbeit von Mitgliedern der dort mitregierenden Linkspartei mit der DDR-Staatssicherheit. Der Deutsche Bundestag hat schon 1991 das Stasi-Unterlagengesetz verabschiedet, das eine Überprüfung auf eine Stasi Vergangenheit vorsah. Dieses sollte ursprünglich 2011 außer Kraft treten. Alle im Bundestag vertretenen Parteien, mit Ausnahme der LINKEN, sind sich aber darin einig, dass die jüngere Vergangenheit gezeigt hat, dass die

ostdeutsche Vergangenheit immer noch nicht überwunden und aufgearbeitet ist. Wir werden deshalb darauf hinarbeiten, dass das Stasi-Unterlagengesetz hier weiterhin in Kraft bleibt. Dabei will die FDP sogar eine Verschärfung des Gesetzes durchsetzen. „Wir Liberalen werden bei begründetem Verdacht auch für eine Überprüfung von Beamten unterhalb der Leitungsebene sein“, sagte mein Kollege Reiner Deutschmann in der Debatte im Plenum. Als Begründung verwies er auf einen aktuellen Fall, bei dem gesicherte Erkenntnisse über die Stasi-Tätigkeit einer Beamtin im Bundeswirtschaftsministerium vorlägen, es jedoch keinerlei gesetzliche Handhabe für eine Entlassung gebe. "Die Täter von einst dürfen nicht in Amt und Würden leben, während die Opfer in den Gefängnissen wertvolle Jahre ihres Lebens verloren haben", begründete Deutschmann den Vorstoß unserer Fraktion. "Ein Schlussstrich kommt für uns nicht in Frage. Die DDR war kurzum eine typische Diktatur. Die Stasi war dabei das Schild und Schwert der Partei und ruinierte zahlreiche Menschenleben." Ich bin der Auffassung, dass mein neuer Kollege aus Sachsen unsere Position sehr pointiert und treffend formuliert hat. Es kann nicht sein, dass diejenigen, die andere Menschen zu Unrecht bespitzelt oder in anderer Weise zutiefst geschädigt haben, heute im Staatsdienst tätig sind.

Ich wünsche Ihnen allen ein schönes Wochenende und verbleibe bis zu meinem nächsten Newsletter aus Berlin kurz vor Karneval am 10. Februar.

Mit freundlichen Grüßen



Gisela Piltz, MdB